

„Mit Hinweis auf die zusätzlichen Bürokratiekosten haben wir bereits der Einführung dieser Satzung im Jahr 2018 nicht zugestimmt. Mit dem nun vorliegenden 2. Evaluierungsbericht ist unser damaliges Argument für die Ablehnung sehr deutlich bestätigt worden,“ stellt der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Andrik Abramenko fest.

In dem aktuell vom Magistrat vorgelegten Evaluierungs-Bericht vom September 2023 werde nachgewiesen, dass den Ausgaben zur Erhebung der wiederkehrenden Straßenbeiträge in Höhe von circa 715.000 € nur Einnahmen von knapp 2.100.000 € Euro gegenüberstehen.

„Das bedeutet, dass seit Einführung der Satzung im Jahr 2018 rund ein Drittel der von den Bürgerinnen und Bürgern jährlich bezahlten Straßenbeiträge für die Grundsanierung der Straßen durch die Erhebungskosten verloren ging,“ berichtet Abramenko.

Die Aufrechterhaltung der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge in Idstein mache daher keinerlei Sinn und bedeute auch für die Besitzer von Häusern und Eigentumswohnungen jährlich einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand und schlage sich letztendlich auch in den Idsteiner Mietpreisen nieder.

Der Evaluierungsbericht weise auch darauf hin, dass die Bezuschussung von Idsteiner Straßenbaumaßnahmen durch Hessenmobil bei Abschaffung der Straßenbeitragssatzung um 15 % steigen werde. „Dies bedeutet künftig zusätzliche Vorteile für Idstein und wir werden im Verlauf der Ausschussberatungen versuchen, zu erfahren, in welcher Höhe bisher Zuschussmittel durch die Beitragssatzung verloren gingen“ kündigt Abramenko an.

Die Liberalen gehen davon aus, dass auf Grund dieser Sachlage alle Idsteiner Fraktionen der Abschaffung der Straßenbeiträge zum 1.1.24 zustimmen, zumal der mit der Erhebung befasste Mitarbeiter der Verwaltung bei der dort herrschenden Personalknappheit sicher sehr gut in anderen Bereichen eingesetzt werden könne. Auf jeden Fall spare die Stadt Idstein mit der beantragten Abschaffung der Straßenbeiträge jährlich ca. 100.000 € an Bürokratiekosten.